

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

PAXVII, 218

Bonn, den 16. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Koalitionswirrwarr in der Sozialpolitik ----- Nach der Sozialdebatte in Bundestag Von Konrad Schayer	92
2 - 3	Die Verantwortung des Bundestages ----- "Etat der Stabilisierung" ? Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	62
4 - 5	Klarstellung ----- Franz Earsig ist kein "Lügner" ! Von Wolfgang Jansen Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion	74
6 - 7	Das Problem der griechischen Gastarbeiter (IV) ----- Die soziologische Struktur der Arbeiterschaft und ihre brennenden Fragen Von Dr. B.P. Mathisopoulos -----	99

Chefredakteur Günter Markscheffel

Koalitionswirrwarr in der Sozialpolitik

Von Konrad Schayer

Um drei sozialpolitische Initiativanträge der SPD ging es bei der Sozialdebatte am vergangenen Mittwoch im Bundestag. Auf diese drei Vorstöße der Sozialdemokraten haben Regierung und Koalition jeweils in unterschiedlicher Frontstellung reagiert:

- * Der Antrag der Sozialdemokraten, der die Regierung aufforderte, bis zum 30. November den Entwurf eines zweiten Kriegsoffenerneuordnungsgesetzes vorzulegen, wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien trotz des Widerspruchs der von Blank repräsentierten Bundesregierung fast einstimmig angenommen. Nur zwei Abgeordnete der CDU/CSU folgten Blank und stimmten gegen den SPD-Antrag.
- * In trautem Verein mit Blank lehnten es dagegen CDU/CSU und FDP ab, den SPD-Antrag zu unterstützen, der Verbesserungen der Kindergeldbezüge für 1962 und 1963 vorsieht. Bundesfamilienminister Wuermeling hüllte sich jedoch in zorniges Schweigen.
- * Wiederum in anderer Konstellation formierten sich Koalitionsregierung und Koalitionsparteien bei der Beratung der Mutterschutzvorlage der SPD. Während der Sprecher der CDU/CSU vorsichtig "eine gewisse Übereinstimmung in Sachlichen" feststellte, unterzog die FDP die von der SPD vorgeschlagenen Verbesserungen des Mutterschutzes heftigster Kritik. Zwischen den Ministern herrschte aber diesmal Eintracht: Bundesarbeitsminister Blank, Frau Bundesminister Schwarzhaupt und der Bundesfamilienminister schwiegen geschlossen für die Regierung.

Was kam nun praktisch heraus? Mit der Durchsetzung ihres Antrags über die unverzügliche Vorlage eines Regierungsentwurfs für ein zweites Neuordnungsgesetz hat die SPD-Fraktion einen nicht zu unterschätzenden Erfolg zugunsten der KRIEGSOFFER erzielt. Noch am 27. Juni dieses Jahres hatte Brentano namens der CDU/CSU und der FDP diesen SPD-Antrag mit der Bemerkung abgelehnt, es komme ihm "nur propagandistische Bedeutung" zu.

Im Haushaltsplan für das Jahr 1963 hat die Bundesregierung den Kriegsoffeneretat sogar um 320 Millionen DM gegenüber 1962 gekürzt. Gegen Blanks Einrede ist die Regierung nun vom Bundestag mit sanftem Zwang darauf festgelegt worden, bis zum 30. November einen Gesetzentwurf über die Fortentwicklung des Kriegsofferversorgungsrechts vorzulegen.

Das KINDERGELDVERBESSERUNGSGESETZ der SPD ist jedoch, wenn sich CDU und FDP nicht noch eines Besseren besinnen, zum Scheitern verdammt. Auch der Hinweis auf die Tatsache, daß ohne die beantragte Anhebung der Einkommensgrenze für den Bezug von Zweitkindergeld von 600 DM auf 750 DM rund 350 000 Familien das ihnen am 1. Juli dieses Jahres entzogene Kindergeld nicht wiederbekommen können und daß weiteren 300 000 Familien mit Wirkung ab 1. April des kommenden Jahres der Entzug des Kindergeldes droht, konnte die Koalitionsparteien von ihrer familienunfreundlichen Haltung nicht abbringen. Abgelehnt wurde auch die beantragte Erhöhung der Leistungen von 25.-- DM auf 30.-- DM für das zweite Kind und von 40.-- DM auf 50.-- DM für das dritte und weitere Kinder. Das bedeutet, daß weder 1962 noch 1963 für die Familien mit Kindern etwas getan werden soll. "Was nützt das noch so laute Lamentieren des Bundesfamilienministers

meinte treffend ein Sprecher der SPD, "wenn der zuständige Arbeitsminister schwerhörig und das Kabinett taub ist?"

Und der MUTTERSCHUTZ ? Die Koalitionsparteien beriefen sich auf Blanks Vorlage zur Neuregelung des Krankenversicherungsrechts. Nun ist erfreulicherweise der jüngste Referentenentwurf seinem Vorgänger nicht darin gefolgt, eine Kürzung des Mutterschaftsgeldes um die Hälfte vorzuschlagen. Kann das aber bereits als eine sozial- und gesundheitspolitische Errungenschaft gewertet werden? Unberücksichtigt blieb leider auch die Forderung, die Schutzfristen vor und nach der Geburt auf wenigstens zehn Wochen zu verlängern und Vorsorgeberatung für Schwangere sowie kostenfreie Entbindung im Krankenhaus a l l e n werdenden Müttern zu ermöglichen. Dabei sterben in der Bundesrepublik jährlich nicht weniger als tausend Mütter im Wochenbett, das sind bei 100 000 Lebendgeburten 105 Mütter! Damit erreicht die Bundesrepublik die zweithöchste Müttersterblichkeitsziffer in der westlichen Welt!

Geld, das für die gesundheitliche Vorsorge ausgegeben wird, ist sicher besser angelegt, als das Geld, das später für Krankheit und Frühinvalidität ausgegeben werden muß. Aber auch dieser Hinweis des sozialdemokratischen Sprechers hat die Koalitionsparteien nicht beeindruckt.

Allen Gerede über das angeblich bedrohliche Steigen der sogenannten "Soziallasten" zum Trotz geht der Anteil der Sozialleistungen, bezogen auf das Sozialprodukt, insbesondere auch der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes, ständig zurück. Der Anteil der Leistungen für die Kriegsopferversorgung in Relation zum Bruttosozialprodukt ist seit Bestehen der Bundesrepublik sogar auf die Hälfte zurückgegangen. Was sagte aber der Bundesarbeitsminister zu diesen Feststellungen des Sozialexperten der SPD, Ernst Schellenberg? Wörtlich führte er unter dem Beifall der Regierungsparteien aus:

"Aber, Herr Kollege Schellenberg, daß der Anteil der Soziallasten am gesamten Sozialprodukt zurückgegangen ist unbestritten! - betrachte ich nicht als einen Rückschritt, sondern als einen Fortschritt und als ein Ziel unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik."

Als ob es nicht eine Fülle von arg vernachlässigten sozialpolitischen Gemeinschaftsaufgaben geben würde, angefangen von der Ausbildung und Fortbildung, dem Ausgleich der Familienlasten, der angemessenen Versorgung der alten und arbeitsunfähigen Menschen und der Opfer des Krieges bis zu den Maßnahmen für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit!

Hier gibt es einen sehr prinzipiellen Unterschied zwischen der Koalitionsregierung und der sozialdemokratischen Opposition, stellte Schellenberg fest. Für die Erfüllung dieser zukunftsbezogenen sozialpolitischen Aufgaben darf nicht weniger, sondern muß noch wesentlich mehr getan werden!

Die Verantwortung des Bundestages

Von H.G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

Der von den Bundesregierung als Teil des Stabilisierungsprogramms bezeichnete Haushaltsplanentwurf für 1963 wird in Kürze offiziell dem Bundestag vorgelegt und dann in Beratung genommen werden. Die letzte Verantwortung für die endgültige Gestaltung des Etats liegt dann beim Bundestag, wenn man von der möglichen Anwendung des Artikels 113 des Grundgesetzes absieht, der bestimmt, dass Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schliessen oder für die Zukunft mit sich bringen, der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen.

Ist der Vorschlag der Bundesregierung, soweit er bis jetzt vorliegt, wirklich ein Etat der Stabilisierung? Wenn ja, was soll darin stabilisiert werden?

- * Der Entwurf ist kein Haushalt der Stabilisierung,
- * denn er weist eine um einen Milliardenbetrag höhere Endsumme auf als sein Vorgänger, der jetzt gültige Haushaltsplan für 1962. Soweit der Entwurf Ausgabenansätze auf dem Vorjahresstand belässt, also stabilisiert, setzen sich diese Ansätze zum Teil über frühere, bessere Erkenntnisse des Bundestages hinweg und kürzen sogar gesetzlich vorgeschriebene Ansätze, die aus wohlüberlegten Gründen mit steigenden Einnahmen auch steigende Mehraufwendungen, beispielsweise im Strassenbau verlangen.

Kann man den Strassenbau auf dem bisherigen Niveau halten, wenn die Zahl der zugelassenen motorisierten Fahrzeuge täglich, ja stündlich steigt, wenn sich die Verhältnisse auf Bundesstrassen und Bundesautobahnen sowie im Bereich von Städten und Gemeinden bereits jetzt katastrophal gestalten und zum vollendeten Chaos zu führen drohen? Kann man Gesichtspunkte der Stabilisierung den Notwendigkeiten der sozialen Gerechtigkeit unterordnen?

Kennen die Apostel der Stabilisierung die angesichts der Preissteigerung - die die Bundesregierung nicht unterbunden hat - erbärmlich geringen Renten, kennen sie, um nur ein Beispiel zu nennen, die lächerlichen geringen "Höchstsätze" für die Gewährung von Elternrente für ein Elternpaar, das in dem Sohn den einzigen Ernährer im Kriege verloren hat?

Kann und darf man hier von Stabilisierung reden? Hat die Bundesregierung die ihr und dem Parlament grundsätzlich auferlegten Pflichten auf dem Gebiete der Kriegsfolgen bereits derart weitgehend erfüllt, dass man von einer Stabilisierung der bisherigen Leistungen ausgehen kann? Sind den das Stabilisierungsprogramm so entschieden verfechtenden Kreisen der Wirtschaft die Tatsachen bekannt, die auf dem Gebiete der S i c h u l - und B e r u f s a u s b i l d u n g drohen, unser Volk im Vergleich zur Umwelt in einen bedauerlichen, die Zukunft unserer Jugend gefährdenden Nachteil zu versetzen?

Ist es in einer Zeit der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung der Weisheit letzter Schluss, gegenüber harten Tatsachen in einen Beharrungszustand zu versinken, der nur gegenüber äusseren Gefahren durchbrochen werden soll, im Übrigen aber die Gefahr enthält, soziales Unrecht zu verewigen und die Zukunft unseres Volkes zu gefährden?

Entscheidungen über den Haushalt sind Entscheidungen der politischen Macht. Entscheidungen dieser Art sprechen das Gewissen des einzelnen Abgeordneten an. Die Verantwortung, die ihm und damit dem Bundestag zukommt, nimmt ihm niemand ab.

Richtschnur für die Entscheidungen des Bundestages sind Geist und Wortlaut des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Richtschnur hat auch die Notwendigkeit der Erhaltung unserer Währung zu sein. An diese Überlegungen ist der Abgeordnete mit seiner Entscheidung gebunden, für die er vor seinen Wählern geradestehen muß.

Das Geschrei derer, die als Träger hoher Einkommen und grosser Vermögen alles daransetzen die öffentliche Meinung in ihrem egoistischen Sinne zu beeinflussen, kann und darf für einen verantwortungsbewussten Abgeordneten niemals zur Richtschnur seines Handelns werden.

Klarstellung

Franz Barsig ist kein "Lügner"

Von Wolfgang Jansen,

Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion

Der Sprecher des Parteivorstandes der SPD, Franz Barsig, ist in der gestrigen Sitzung des Deutschen Bundestages u.a. von den Herren Abgeordneten Minister Strauss, Dr. von Brentano, Rasner und Stängel als "Lügner" bezeichnet worden, nach dem allgemeinen Sprachgebrauch also als ein Mann, der wider besseres Wissen objektiv unrichtige Behauptungen aufstellt. Dies kann nicht unwidersprochen bleiben.

Die Äusserungen des Herrn Böglers wurden am Freitag, dem 27. Juli um die Mittagszeit bekannt. Franz Barsig, der im Herbst 1957 zum Zeitpunkt der Wahrnehmungen Böglers noch nicht für den Parteivorstand arbeitete und demgemäss auch nichts über die damaligen Verhandlungen wusste, hat sich sofort um eine Klärung bemüht. Er stiess dabei auf die gleiche Schwierigkeit, mit der auch ich später zu kämpfen hatte, dass sich nämlich ein Teil der Personen, die über die Vorgänge von 1957 Bescheid wussten, bereits im Urlaub und zwar im Ausland befanden. Es leuchtet ein, dass Fragen, in denen die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik eine Rolle spielen, nicht durch Auslandsgespräche behandelt werden können. Die Betroffenen waren mithin in diesem Falle praktisch unerreikbaar.

Franz Barsig hat jedoch einen der Beteiligten erreicht und von diesem die Auskunft erhalten, er habe seinerzeit vorgeschlagen, die Sicherheitsorgane zu informieren und nach seiner Erinnerung sei dies auch geschehen. Franz Barsig konnte daher in gutem Glauben, wie ich bezeugen kann, versichern, "die für die Sicherheit der Bundesrepublik verantwortlichen Stellen" seien "informiert und um Amtshilfe gebeten" worden.

Dies geschah durch Pressemitteilung vom 27. Juli 1962. Am darauffolgenden Tage, dem 28. Juli 1962 fuhr Franz Barsig in Urlaub und beauftragte mich mit seiner Vertretung. Ich habe zunächst aus den gleichen Gründen wie Herr Barsig die gleichen Auskünfte gegeben und mich ausserdem um weitere Einzelheiten bemüht, was sich aus den bereits genannten Gründen als schwierig und zeitraubend erwies. Erst nach einiger Zeit konnte ich feststellen, dass damals die Verständigung der Sicherheitsorgane zwar erwogen worden war, dass sich aber die Ausführung dieses Vorhabens nicht feststellen liess. Böglers selbst hatte den Besucher Frenzels als einen "Friedensfreund" bezeichnet. Das stimmt auch mit Böglers Aussage gegenüber dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" überein, dem er angegeben hat, sein Freund, ein Berliner Rechtsanwalt, habe zu ihm gesagt "... und ich weiss genau, dass das ein "Friedensengel" aus dem Osten ist." (Der Spiegel Nr. 32 vom 8. August 1962 Seite 16).

Es geschah aber damals sehr häufig, dass sich sogenannte "Friedensfreunde" an Abgeordnete aller Fraktionen heranzogen und mit ihnen über die Erhaltung des Friedens, die Achtung der Atomwaffen usw. diskutieren wollten oder Unterschriften unter irgendwelche "Appelle" verlangten. Der Vorgang stellte also nichts Aussergewöhnliches dar. Deshalb wurde, wie sich später herausstellte, auf die Benachrichtigung von Sicherheitsbehörden verzichtet. Dies umso mehr, als sich zur gleichen Zeit zwei Berliner Kriminalbeamte vor dem Tagungsort aufhielten.

Nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub habe ich Franz Barsig sofort davon unterrichtet, dass die ihm gegebene Information aller Wahrscheinlichkeit nach unzutreffend gewesen sei. Ich kann bezeugen, dass er sofort erklärte, unter diesen Umständen werde er seine Darstellung in aller Öffentlichkeit korrigieren. Eine Verzögerung ergab sich dadurch, dass noch die Rückkehr eines Vorstandsmitgliedes aus dem Urlaub abgewartet wurde, das sich im Ausland befand und das aus seiner Funktion her möglicherweise damals mit der Angelegenheit befasst gewesen sein konnte. Diese Rückkehr erfolgte am 10. September; noch am gleichen Tage hat Franz Barsig erklärt, dass er "diese Mitteilung nicht aufrecht erhalten kann und sie deshalb mit Bedauern zurückzieht".

Es liessen sich eine ganze Reihe von Äusserungen massgeblicher Politiker der CDU/CSU anführen, die im guten Glauben gemacht und sich dann später als unzutreffend erwiesen haben. Weniger häufig ist es, dass jemand freiwillig den Mut aufbringt, einen Irrtum von sich aus offen einzugestehen. Allenfalls liessen sie sich durch Gerichtsbeschlüsse dazu zwingen. Ich verzichte darauf, Beispiele zu nennen, meine aber, dass es bei diesem Sachverhalt den Herren der CDU/CSU schlecht ansteht, an der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit von Franz Barsig zu zweifeln und ihn an einer Stelle, wo er nicht das Wort ergreifen und sich nicht wehren kann, für das Protokoll des Deutschen Bundestages einen "Lügner" zu schimpfen.

Franz Barsig hatte den Mut, nach Aufklärung des Sachverhaltes seinen Irrtum an der gleichen Stelle einzugestehen, an der er ihn geäussert hat. Darf man nach der oben geschilderten Darlegung des Sachverhaltes von den Herren Minister Strauss, Dr. von Brentano, Rasner und Stingel ein Gleiches erwarten?

+ + +

Das Problem der griechischen Gastarbeiter (IV)

Die soziologische Struktur der Arbeiter und ihre brennendsten Fragen

Von Dr. B.P. Mathiopoulos

Trotz der berichteten Umstände, die sich nachteilig auf den Arbeitswillen der Gastarbeiter hätten auswirken können, war den Griechen in der Bundesrepublik ein klarer Erfolg beschieden. Sie haben die Tugenden ihrer Nation und die Dynamik des Arbeiter- und Bauernstandes dieses Landes ersichtlich unter Beweis gestellt. Wie Presseberichte und Erklärungen der für die Gastarbeiter zuständigen Abteilungsleiter in den deutschen Firmen bestätigen, ist man mit der überwiegenden Mehrheit der ca. 80 000 griechischen Arbeiter außerordentlich zufrieden, sowohl was ihre Arbeitsleistung anbetrifft, als auch hinsichtlich ihrer charakterlichen Qualitäten. Gelegentlich von Besuchen des Verfassers in deutschen Firmen wurde durch führende Unternehmer immer wieder betont, daß die Griechen saubere, verantwortungsbewußte und sparsame Arbeiter sind. Sie zeigen untereinander Solidarität und äußern trotz Sprachschwierigkeiten eigene Initiative. Sie lassen sich leicht lenken und sind vor allem arbeitswillig. Es ist bezeichnend, dass gewisse Industrien, die bislang ausländische Arbeitskräfte jeder Nationalität beschäftigten, sich nach und nach ausschliesslich auf Griechen beschränken, nachdem sie deren Qualitäten kennen- und schätzen-gelernt haben. Die Arbeitsfreudigkeit der Griechen zeigt sich beispielsweise auch darin, daß sie oft pro Tag in zwei ununterbrochenen Schichten arbeiten, d.h. 16 Stunden täglich. Dementsprechend gibt es Facharbeiter, die ein Nettoeinkommen von DM 1.100.-- DM im Monat haben. Natürlich zeigt diese Überbeanspruchung der eigenen Arbeitskraft Rückwirkungen auf die Gesundheit, nicht nur, weil eine derartige Leistung jeden gesunden Organismus mitnimmt, sondern auch das völlig anderen deutschen Klimas wegen.

Zusammenstoß mit einer neuen Welt

Die griechischen Arbeiter zeichnet ein unzerstörbares Arbeitsethos aus. Sie erweisen sich als wahre Söhne ihres Landes, auch in der Bundesrepublik. Sie entstammen einer einfachen Gesellschaft mit stabilen Fundamenten, mit einer in sich geschlossenen moralischen Ordnung und mit tiefer Religiosität, - fernab den großen Problemen unserer Zeit. Ihre Heimatorte liegen in den meisten Fällen in Gebieten, wo die Landwirtschaft fast noch in archaischer Form betrieben wird mit deutlichen Merkmalen der Unterentwicklung. Aus dieser Atmosphäre der Beschränktheit und aus einem derart in sich geschlossenen Lebenskreis wird der Arbeiter plötzlich in eine überentwickelte, industrialisierte Gesellschaft versetzt, die unter Blut und Schweiß schon alle Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung durchlaufen hat.

Die griechischen Bauern, die trotz eigener großer Sauberkeit vor zuhause her noch nicht einmal einfachste sanitäre Einrichtungen westlichen Auschnitts kannten, treffen in Deutschland mit deutschen Arbeitskollegen zusammen, die über Eischränke, Fernseh-Apparate und Kleinwagen verfügen. Und unvorbereitet, wie sie sind, neigen sie - vor allem die jüngeren unter ihnen - dazu, sich auch zu Lasten ihrer Ernährung derartige Luxusgegenstände anzuschaffen, da sie nicht imstande sind, von sich aus die rechte Ordnung und Reihenfolge der Werte zu erkennen. Manche Vertreter des griechischen Arbeitsministeriums, die damit betraut sind, die Probleme der Gastarbeiter zu analysieren, schließen aus dieser Tatsache ohne weitere Überlegung "messerscharf", die griechischen Arbeiter in der Bundesrepublik litten keinerlei Mangel.

Was die griechischen Gastarbeiter brauchen

In Wirklichkeit sieht die Sache ganz anders aus: Es gibt Probleme, die einer Lösung seitens des griechischen Staates dringend bedürfen. Es seien in der Folge die Fragen kurz skizziert, die fast alle in der Bundesrepublik beschäftigten Griechen berühren.

1.) Die Wohnungsfrage. Größere deutsche Unternehmen verfügen über Schlafräume in der Nähe der Arbeitsstelle für zwei oder drei Arbeiter gemeinsam bei verhältnismäßig billiger Miete. Kleinere Betriebe bieten in der Regel derartige Heime nicht. Und wenn sie sie bieten, erfüllen diese nicht die Voraussetzungen, die man an eine einigermaßen hygienische Schlafstätte stellen muß. Es gibt z.B. Betriebe, die für 8 bis 10 Arbeiterinnen einen einzigen Raum zur Verfügung stellen. Noch brennender und ebenso ungelöst ist die Wohnungsfrage für verheiratete Arbeiter. Es gibt Ehepaare, die bis zu 250.-- DM im Monat bezahlen, um auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnstatt zu erhalten.

2.) Die Frage gleicher Löhne. Obgleich in Wirklichkeit sehr selten ein Unterschied zwischen dem Tariflohn der Gastarbeiter und der deutschen Löhnen besteht, sind die meisten Griechen der Überzeugung, daß sie weniger verdienen als ihre deutschen Kollegen. Dieses Mißverständnis kann deshalb entstehen, weil die Griechen mangels entsprechender Aufklärung nicht verstehen, warum es einen Brutto- und einen Netto-Lohn gibt, was die Abzüge eigentlich bedeuten und weshalb etwa ein schon zehn Jahre im selben Betrieb beschäftigter deutscher Arbeiter mehr verdient als der kürzlich angekommene Grieche, obgleich beide vielleicht gleich viel leisten.

3.) Die Frage der Dolmetscher. Fast in allen Betrieben entrüsten sich die Griechen über die Dolmetscher, die das Unternehmen für sie einstellt. Denn diese Leute sind geneigt, den Arbeitgebern zu Gefallen zu sein und vor ihnen zu katzbuckeln. Deshalb haben die Arbeiter in die Richtigkeit der Übersetzung durch derartige Dolmetscher kein Vertrauen. So entstehen oft Mißverständnisse, weil auch die Unternehmer der falschen oder verfälschten Übersetzung wegen nicht verstehen können, was die Arbeiter eigentlich wünschen.

4.) Die Sprachschwierigkeiten. Auch sie bilden manchmal Anlaß zu Mißverständnissen. Viele Betriebe haben deshalb schon Lehrer eingestellt, die den Deutschunterricht übernehmen. Auch diese Aufgabe - ebenso wie die der Dolmetscher - könnte durch den griechischen Staat organisiert werden.

5.) Die Frage der deutschen Küche. Viele Unternehmen haben schon griechische Köche eingestellt, die auch Nationalgerichte der Gastarbeiter bereiten. Trotzdem ist diese Frage im allgemeinen noch nicht gelöst.

Neben diesen wichtigen Problemen gibt es selbstverständlich noch eine Vielzahl täglich auftauchender kleinerer Fragen. Z.B. sollte man in Athen Überlegungen hinsichtlich der Wehrpflicht der Gastarbeiter anstellen, damit es nicht mehr dazu kommt, daß griechische Arbeiter - obwohl an sich in Deutschland tarifvertraglich an ihre Firma gebunden - plötzlich in ihre Heimat zurückreisen müssen, um dort ihren Wehrdienst abzuleisten.

Alle diese Fragen zu lösen, wäre eigentlich Aufgabe des griechischen Staates, wie es auch seine Pflicht wäre, auf die Gastarbeiter dahingehend einzuwirken, daß sie ihren Lohn nicht zur Anschaffung von Luxusgegenständen benutzen, sondern zum Aufbau einer eigenen gesicherten Existenz in der Heimat. Es ist aber schon beinahe ein guter Brauch, den deutschen Behörden nicht nur die finanzielle und soziale, sondern auch die geistige und seelische Betreuung zu überlassen.

(V. Teil folgt)